



US-Präsident Biden erreicht die niedrigste Zustimmungsrage, die ein Nachkriegspräsident zu diesem Zeitpunkt seiner Präsidentschaft je hatte.

RON SACHIS / ZUMA / IMAGO

## Bidens Wirtschaftspolitik lässt seine Beliebtheit in den Keller sinken

Nur noch vier von zehn wahlberechtigten US-Bürgern sind mit der Amtsführung ihres Präsidenten zufrieden. Die Quittung dürfte im November folgen. In Washington werden die Republikaner derweil auf Trump-Linie gebracht. **Gastkommentar von Josef Braml**

Mittlerweile kritisieren eine Reihe von amerikanischen Ökonomen, dass die von US-Präsident Biden initiierten milliarden schweren Konjunkturprogramme die Inflation begünstigt hätten. Weiterhin ausgeblendet wird indes, dass die staatlichen Hilfsprogramme zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie das von der US-Notenbank zuvor schon bis zum Rand mit sogenannter Liquidität gefüllte Fass nur zum Überlaufen gebracht haben.

Ausschlaggebend für die Inflation waren neben der Geldflutung jedoch auch Protektionismus und eine Güterverknappung in der Pandemie. Erst als die Gütermengen durch die Covid-19-Pandemie und Washingtons protektionistische Wirtschaftspolitik verknappt und damit verteuert wurden, entstand eine nachhaltige Inflation. Diese kann von den Ökonomen der Zentralbanken nun nicht mehr ignoriert und als «temporär» abgetan werden.

Die westlichen Staaten haben ihre Geldmenge in den letzten Jahren drastisch ausgedehnt. Das lief ohne hohe Inflationsraten ab, weil es eine grosse Warenelastizität gab. Die amerikanische Notenbank und die Europäische Zentralbank konnten gar nicht so viel Geld drucken, dass dem durch Produktionssteigerungen nicht ein entsprechendes Warenangebot hätte gegenübergestellt werden können. Wo das nicht ging, etwa bei Immobilien, schossen die Preise in die Höhe.

Wenn man jetzt im Sinne Washingtons – im Gefolge des sogenannten Entkoppelns oder Friend-Shoring – eine weitere Entflechtung der westlichen Volkswirtschaften und Chinas anstrebt, würde diese Elastizität erheblich verringert. Die Folge wären dauerhaft hohe Inflationsraten, also ein Spiel mit dem Feuer. Im Interesse Europas liegt das nicht.

Weit stärker sind aber Entwicklungsländer betroffen: Im Zuge der restriktiveren Geldpolitiken westlicher Notenbanken müssen sie mit dem Abfluss internationaler Investitionen rechnen. Insbesondere jene Länder, die sich in der amerikanischen Währung verschuldet haben, werden wegen des steigenden Dollar-Kurses in grössere Zahlungsschwierigkeiten kommen. Ohnehin ist die Gefahr gleichzeitiger Wachstums-, Energie-, Nahrungsmittel- und Schuldenkrisen bereits für viele Entwicklungsländer besorgniserregend. Es ist deshalb verständlich, dass die Länder des «globalen Südens» nicht den Russland-Sanktionen der G-7-Staaten angeschlossen haben.

Die amerikanische Finanzministerin Janet Yellen rät vor allem auch aus Eigeninteresse den Europäern mittlerweile davon ab, russische Öllieferungen vollständig zu boykottieren. Denn die damit verursachten höheren Ölpreise befeuern die Inflation, die die US-Notenbank zu einer umso restriktiveren Geldpolitik nötigt, die in Amerika wiederum zu weiteren Einbrüchen an den Aktienmärkten und in der Wirtschaft führen dürfte. Bereits jetzt ist die Mehrheit der Amerikaner davon überzeugt, dass Bidens Politik die wirtschaftlichen Bedingungen verschlechtert habe. Nur noch vier von zehn wahlberechtigten US-Bürgern sind zufrieden mit seiner Amtsführung – die niedrigste Zustimmungsrage, die ein Nachkriegspräsident zu diesem Zeitpunkt seiner Präsidentschaft je hatte.

Im Zuge der restriktiveren Geldpolitiken ist mit dem Abfluss internationaler Investitionen zu rechnen.

Bis auf wenige Ausnahmen verlor jeder Amtsinhaber im Weissen Haus bei den (im November anstehenden) Zwischenwahlen Sitze im Kongress, zumal wenn er wie Biden nur schwache Zustimmungswerte für seine Amtsführung hatte. Zudem könnte sich die ausgebliebene Wahlrechtsreform schon in zwei Jahren bei den nächsten Präsidentschaftswahlen als problematisch für die amerikanische Demokratie erweisen und seinem allfälligen Herausforderer Donald Trump Chancen auf eine zweite Amtszeit geben.

Solange die Bundesregierung keine entsprechende Wahlrechtsreform verabschiedet, haben die Einzelstaaten freie Hand, wenn sie den Demokraten nahestehende Minderheiten bei Wahlen wieder benachteiligen wollen. Im vergangenen Jahr haben republikanische Gesetzgeber in 41 Gliedstaaten bereits Hunderte von Gesetzesvorlagen vorgeschlagen und fast drei Dutzend Gesetze verabschiedet, die die einzelstaatlichen Gesetzgeber ermächtigen, Wahlen zu ihren Gunsten zu manipulieren.

Auch in Washington werden die Republikaner auf Trump-Linie gebracht: Nach den Zwischenwahlen im November 2022 werden nur wenige Republikaner im Amt bleiben, die für Trumps Amtsenthebung wegen seiner Handlungen nach seiner Wahlniederlage gestimmt haben. Das Säuberungen in den Parteivorwahlen wird der interne Widerstand gegen Trump noch schwächer sein.

Selbst wenn er – wegen möglicher strafrechtlicher Verurteilungen – bei den Präsidentschaftswahlen 2024 nicht selbst kandidieren sollte, stünden Populisten nach Trumps Ebenbild wie Floridas Gouverneur Ron DeSantis in den Startlöchern. Andere republikanische Kandidaten könnten noch herausfordernder für Deutschland und Europa sein. Das sind keine guten Nachrichten für den alten Kontinent, der seine Sicherheit in die Hände Washingtons gelegt hat.

**Josef Braml** ist Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission und Autor des Buches «Die transatlantische Illusion» (C. H. Beck).

Zweisprachiger, bilingualer oder immersiver Unterricht bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler eine Fremdsprache nicht nur im eigentlichen Fremdsprachenfach erlernen, sondern zusätzlich auch in anderen Fächern, etwa im Mathematik-, Geografie-, Sport- oder Geschichtsunterricht. Der Vorteil dieser Methode liegt darin, dass der Fremdsprachenunterricht ohne Fokus auf Grammatik ergänzt werden kann. Das ermöglicht vielen Lernenden einen ganz anderen, positiveren Zugang zur Fremdsprache.

Die Methode gelangte in den 1990er Jahren aus Kanada nach Europa. Im deutschsprachigen Gebiet gewann sie zunächst in Deutschland und in Österreich an Fahrt. In der Schweiz ist man vor allem auf Stufe Volksschule vielerorts noch skeptisch, vor allem in der Deutschschweiz. In der Romandie, im dreisprachigen Kanton Graubünden oder in den zweisprachigen Kantonen Wallis, Freiburg und Bern wird bilingualer Unterricht dagegen seit Jahrzehnten auch in der Volksschule umgesetzt.

Besonders schnell haben die Entscheidungsträger der Gymnasien die Möglichkeiten der Methode erkannt und sie seit den 1990er Jahren erfolgreich eingeführt. Auch die Berufsschulen sind auf gutem Weg. Hier geht es darum, sprachlich vor allem berufsspezifisch kompetent zu sein – etwa ein englisches Manual zu verstehen (lesen), eine französische Speisekarte zu erstellen (schreiben) und mit Patienten und Patientinnen ein medizinisches Gespräch führen zu können (sprechen). Seit Fremdsprachen ab der 3. oder 5. Klasse gelernt werden, kann in der Berufslehre von Anfang an auf Sprachkenntnisse gebaut werden.

Der Kanton Neuchâtel hat als erster einsprachiger frankofoner Kanton bereits 2011 auf Stufe Kindergarten und Unterstufe mit dem ambitionierten Projekt Prima (Projekt Immersion Allemand) begonnen. Im immersiven Modell wird ab Stufe Kindergarten in verschiedenen Fächern in deutscher Sprache unterrichtet, wobei natürlich die

## In einer Fremdsprache Geschichte unterrichten

Der zweisprachige Unterricht kommt in den Deutschschweizer Volksschulen nicht voran. In der französischsprachigen Schweiz dagegen erweist sich die Methode als effizient und erfolgreich. **Gastkommentar von Christine Le Pape Racine**

selben Kompetenzziele bestehen bleiben, die in den einsprachig geführten Klassen gelten.

Verschlafen die Deutschschweizer Kantone den Anschluss? Zwar gab es bisher bereits erfolgreiche Projekte in «einsprachigen» Kantonen der Deutschschweiz, teilweise auch vom Bundesamt für Kultur unterstützt, doch diese wurden von der Politik zu wenig und vor allem nicht langfristig gefördert. National bekannt geworden ist dagegen ein misslungener Pilotversuch im Kanton Zürich mit einem dreigliedrigen Projekt, das der damalige Regierungsrat Ernst Buschor in guter Absicht initiiert hatte: Neben dem bilingualen Unterricht für Englisch ab der 1. Klasse sollte gleich auch noch

klassenübergreifend unterrichtet und zudem der Einsatz von Computern vorbereitet werden.

Das Zürcher Projekt war überambitioniert, auch kam es zu einem überstürzten Projektstart ohne die nötige Vorbereitung. Dieses und andere Beispiele bringen den bilingualen Unterricht zu Unrecht in Verruf. Dabei kann durchaus auch auf erfolgreiche Projekte bilingualen Unterrichts verwiesen werden, etwa auf der Primar- und Sekundarstufe 1. So wurde zwischen 1993 und 1997 in den Kantonen Thurgau, St. Gallen, Appenzell und Zürich das vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) geförderte Projekt «Französisch-Deutsch: Zweisprachiger Unterricht an der Sekundarstufe 1» initiiert. In sieben Klassen

wurde zusammen mit Lehrpersonen eine Didaktik des bilingualen Fachunterrichts, vorwiegend in Geschichte, entwickelt. Die Lehrpersonen machten freiwillig mit, die Schütler und Schütlerinnen wurden nicht selektioniert. Die Resultate des Projekts waren vielsprechend, es wurde aber bedauerlicherweise von den politischen Behörden nicht aufgegriffen. Im Schuljahr 2012/13 wurde im Kanton Aargau ein Entwicklungsprojekt bewilligt, in dem Lehrpersonen gelehrt und erfahren haben, wie sie in ihrer Klasse immersive Inseln auf Französisch einbauen können.

Unter immersiven Inseln versteht man kurze, einfache Unterrichtssequenzen in der Fremdsprache, die man hin und wieder ein paar Minuten (oder etwas länger) je nach Eignung im Fachunterricht, zum Beispiel im Sport, einsetzen kann. Leider gibt es derzeit im Kanton Aargau keine gesetzlichen Grundlagen für zweisprachigen Unterricht an der Volksschule, was aus politischer Sicht eine Einführung des bilingualen Unterrichts verunmöglicht.

Als erster «einsprachiger» Stand in der Deutschschweiz hat indes der Kanton Solothurn den bilingualen Unterricht für Französisch ausdrücklich in seinen Legislaturzielen erwähnt und dafür auch finanzielle Ressourcen gesprochen. Ein erster Weiterbildungskurs mit dem Institut für Weiterbildung und Beratung der PH FHNW ist bereits abgeschlossen, ein zweijähriges Entwicklungsprojekt beginnt im Herbst 2022.

Es gibt also positive Signale, und der Erfolg der immersiven Methode auch auf Volksschulstufe steht ausser Zweifel. Was es jetzt braucht, ist der politische Wille, der es motivierten Lehrpersonen erlaubt, innovativ zu unterrichten.

**Christine Le Pape Racine** war Professorin an der Pädagogischen Hochschule FHNW und beteiligte sich u. a. am vom SNF unterstützten Forschungsprojekt «Schulischer Mehrsprachenerwerb am Übergang zwischen Primarstufe und Sekundarstufe 1» (2020).